

43. Montag 18. Juni 1984

Die Bestimmungen der Unterschutzstellung prüfen

Sachliche Debatte über Rheininseln im Nackenheimer Rat / Bei Verstoß Schritte einleiten

m. NACKENHEIM. - Die letzte Sitzung des Rates vor den Kommunalwahlen war von sachlichen Diskussionen der Ortsparlamentarier gekennzeichnet. Auf Antrag der SPD-Fraktion stimmte das Ortsparlament einmütig zu, die Verwaltung zu beauftragen, bei der Bezirksregierung anzufragen, ob gegen die Bestimmungen der Unterschutzstellung oder den Landespflegeplan bezüglich der beiden Rheininseln Kisselwörth und Sändchen verstoßen werde. Sollte dies zutreffen, müßten die nötigen Schritte eingeleitet werden, die auch die Beseitigung der nachgepflanzten Pappeln zum Schutze der Obstbäume beseitigt werden müßten.

Ratsmitglied Richard Speckenheuer (SPD) vertrat die Meinung, daß bei der Behörde der „Kopf nicht wisse, was der Schwanz“ tue. Die Gemeinde habe hohe Auflagen bekommen, an die sie sich gehalten habe. Jetzt habe er in Erfahrung gebracht, daß ein erneuter Pachtvertrag zum Weiden von Kühen auf der Insel Kisselwörth abgeschlossen worden sei. Ratsmitglied Eugen Stolle (FWG) betonte, er sei bei der jüngsten Begehung der Insel in Ver-

tretung des Bürgermeisters dabei gewesen, man sei sich dort noch nicht einmal einig gewesen, ob man ein oder zweimal die Insel mähen solle. Den Herren der Behörden und der Umweltschützer sei nicht bekannt gewesen, daß auf der Insel Weideland zur Verfügung gestellt werde. Gefehlt habe das Forstamt Alzey, das für diese Verpachtungen zuständig sei. Über die Kopfweidenbeschneidung hätten die Anwesenden ebenfalls diskutiert. Die vorhandenen Pappeln seien noch vor der Unterschutzstellung gepflanzt worden. Da diese höher als die Obstbäume würden, seien sie vom Aussterben bedroht. Man könne sagen nach der Anordnung habe sich der Zustand auf der südlichen Insel verschlechtert.

Ratsmitglied Heinz Hassemer (CDU) bezeichnete den Zustand als katastrophal. Pappeln seien am Umkippen und würden das Inselhaus gefährden. Über die Gesamtlage soll die untere und obere Pflegebehörde unterrichtet werden. Ortsbürgermeister Günter Ollig erinnerte daran, daß im vergangenen Jahr Kinder, die mit ihren Eltern dort zelten

wollten, von der Polizei des „Feldes“ verwiesen wurden.

Zurückgestellt haben die Ortsparlamentarier die verkehrsberuhigende Maßnahmen im Baugebiet „Gehren“, um dem neuen Rat Gelegenheit zu geben, sich über die Situation im gesamten Ortsbereich Gedanken zu machen. Ortsbürgermeister Günter Ollig sagte, nach den empfohlenen Maßnahmen im „Fliederweg“ hätten sich Bürger aus anderen Ortsteilen ebenfalls für solche Vorhaben interessiert.

Ratsmitglied Richard Speckenheuer (SPD) regte an, man solle eine Ortsbesichtigung durchführen. Allerdings müßten die beschlossenen Sofortmaßnahmen im Fliederweg laufen. Ratsmitglied Heinz Hassemer (CDU) sagte, er stimmt dem zu, beruhigende Zonen sollten auch in anderen Straßenzüge geprüft werden. Zuvor hatte Armin Thurow (CDU) vorgeschlagen, versetzte Parkbuchten links und rechts zu markieren. Diese schaffe für den fließenden Verkehr Hindernisse, so daß langsam gefahren werden müsse.